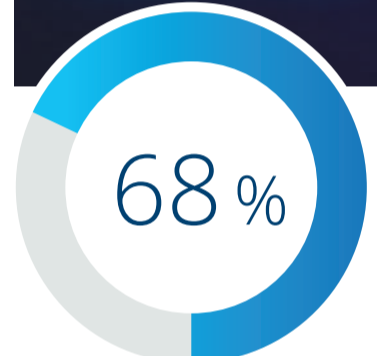




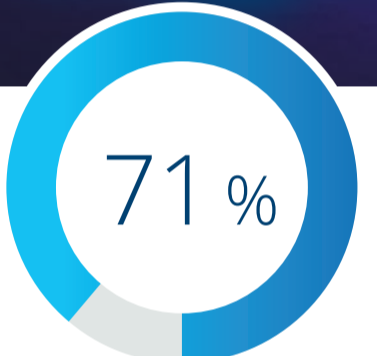
- Einschränkung der Meinungsfreiheit
- Atom-Ausstieg
- Verbot von Autos mit Verbrennermotor
- Ernährungsumstellung
- Einschränkung des privaten Flugverkehrs
- Beteiligung am Ukraine-Krieg
- Wärmepumpen-Zwang
- Unkontrollierte Massenzuwanderung
- Corona-Politik
- »Gendersprache«



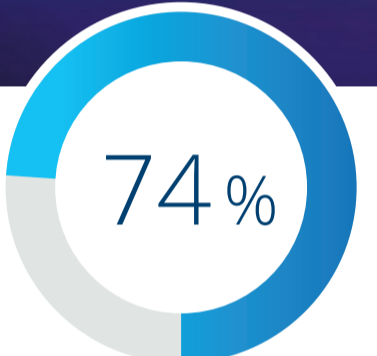
Politik gegen die eigenen Bürger



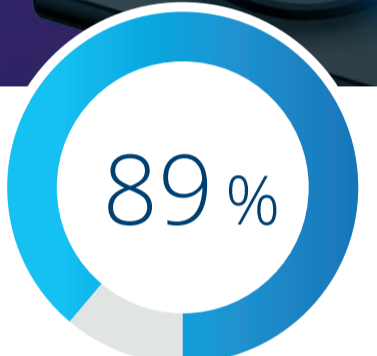
sind für den Weiterbetrieb der Kernkraftwerke



sind gegen die sogenannte »Gendersprache«



meinen, es wurden zu viele Asylbewerber aufgenommen



sind für schnellere Abschiebungen

Quellen: Civey, Forsa, Forschungsgruppe Wahlen

Die freiheitsbeschränkenden Maßnahmen während der Coronakrise sind noch nicht einmal ansatzweise aufgearbeitet, da kommt schon das nächste Unheil auf die Bürger zu. Nachdem die schlecht durchdachte Energiewende und wirtschaftsschädigende Sanktionen gegen Russland die Preise für Strom und Gas in schwindelerregende Höhen getrieben haben, mutet das Wirtschaftsministerium Hausbesitzern nun auch noch sein Heizungsverbot zu. Die horrenden Sanierungskosten werden am Ende auch die Mieten in Deutschland drastisch steigen lassen. Inflation, hohe Energiekosten und Mangel an bezahlbarem Wohnraum: Noch nie waren in unserem Land breite Bevölkerungsschichten derart vom sozialen Abstieg bedroht wie heute. Denn gleichzeitig wird unsere Wirtschaft von denselben Politikern vor die Wand gefahren. Treibende Kraft dahinter ist der allgegenwärtige Klimawahn. Von apokalyptischer Propagan-

da unterfüttert, sorgt er für fort-dauernde Verbotsorgien, die sich allesamt zerstörerisch auf unseren Wohlstand auswirken. Man denke nur an die angeschlagene deutsche Automobilindustrie. Die jüngsten Enthüllungen über die Vetternwirtschaft in

Der Bund gibt mehr Geld für Zuwanderung aus als für Gesundheit oder Bildung

Robert Habecks Wirtschaftsministerium zeigen jedoch auf, wie brüchig die Fassade der Hypermoralisten ist: Dahinter stecken Seilschaften aus Politik, Medien und Wirtschaft. Deren Geschäftsmodell gründet letztlich darauf, dem einfachen Bürger jegliche Freiheit und die Chance auf Glück zu nehmen. Angesichts dieser besorgniserregenden Themen könnte man fast vergessen, welche Altlasten der etablierten Politik noch zu bewältigen sind: Auch bei der

selbstorganisierten Zuwanderungskrise handeln sowohl die Ampel in Berlin als auch die rot-rot-grüne Landesregierung konsequent gegen die Interessen der Bürger, zu denen sie jeglichen Kontakt verloren haben. Faktenbasierte Kritik stößt auf taube Ohren und wird als »Hassrede« diffamiert. Dabei lassen sich steigende Kriminalitätsraten und Wohnungsnot anhand offizieller Zahlen und Statistiken gut dokumentieren – und werden gerade deshalb ignoriert. Es fehlt der politische Wille, die drängenden Probleme durch die Abschiebung nicht aufenthaltsberechtigter oder gewaltbereiter Migranten anzugehen. Soziale Spannungen werden bewusst in Kauf genommen – man legt notfalls ein neues Ideologieprojekt zum »Kampf

gegen rechts« auf, um die Bürger weiter einzuschüchtern und zu demoralisieren. Die AfD-Fraktion im Thüringer Landtag legt den Finger in diese Wunde und gilt den etablierten Parteien deshalb als unbequem. Man verfolgt uns mit dem Geheimdienst, man würdigt uns herab und versucht uns sozial zu vernichten. Doch wie die aktuellen Umfrageergebnisse zeigen, schenken uns immer mehr Thüringer ihr Vertrauen, gerade weil wir bereit sind, auch unbequeme Wahrheiten und Antworten auszusprechen. Wir sind auf dem besten Weg, die stärkste Kraft im Thüringer Landtag zu werden. Auch in dieser Ausgabe des Blauen Mutes gehen wir auf die drängenden Probleme in der Bundes- und Landespolitik ein. Wir laden Sie herzlich ein, sich ein Bild unserer aktuellen Initiativen und der Themen zu machen, die unsere Arbeit motivieren. Sie werden sehen – es lohnt sich!

Rot-Grüner Filz

Die Grünen – so meldet es selbst die etablierte Presse – befinden sich bundesweit im Abwärtstrend. Der jüngste Skandal um die Vetternwirtschaft in Robert Habecks Wirtschaftsministerium hat den Bürgern nur zu deutlich vor Augen geführt, was das wahre Wesen grüner Politik ausmacht: das Schaffen linientreuer Netzwerke, mit denen bürgerfeindliche Ideologieprojekte durchgesetzt und die Interessen der »Öko«-Lobby bedient werden. Ähnliche Verflechtungen haben wir auch in Thüringen erlebt: Nicht die Fähigsten, sondern Parteifreunde wurden mit Posten belohnt. Die AfD ist angetreten, diesen Filz klar zu benennen – in dieser Ausgabe des »Blauen Mutes« decken wir daher erneut die Irrwege rot-grüner Politik konsequent auf. Unsere Bürgerpartei steht auch deshalb in der Wählergunst in Thüringen ganz oben – wir danken Ihnen für Ihr Vertrauen!



Stefan Möller

Kommentar von Björn Höcke

Heizen ist nicht mehr Privatsache: Kalte Enteignung



Ein gemütlicher Abend am Kamin? Das soll es nach dem Willen der Grünen nicht mehr geben ...

Filz und Vetternwirtschaft in Robert Habecks Wirtschaftsministerium lassen die Grünen derzeit in der Wählergunst bundesweit rapide absteigen. Was den Bürgern als »Klimaschutz« präsentiert wird, ist nichts anderes als Lobbyarbeit für die »Öko«-Industrie, welche viele Eigenheimbesitzer in finanzielle Bedrängnis bringt: Nichts steht derzeit mehr für den energiepolitischen Wahnsinn der Grünen als der Zwang zum Einbau neuer Heizungsanlagen. Die EU legt noch ein paar Vorschriften obendrauf, welche die sogenannte energie-

tische Sanierung von Wohngebäuden betreffen. Vor allem der Einbau von Wärmepumpen wird massiv propagiert, denn ab 2024 dürfen nur noch vermeintlich »klimaneutrale« Öl- und Gasheizungsanlagen eingebaut werden. Rechnet man nun noch die Kosten für neue Fenster und Wärmedämmung hinzu, fallen für die Sanierung eines Einfamilienhauses nach Schätzungen des Eigentümerverbandes »Haus & Grund« weit über 100.000 Euro pro Haushalt an. Mit Geldstrafen von bis zu 50.000 Euro sollen die Bürger auf Linie gebracht werden.

Normalverdiener werden Summen dieser Größenordnung kaum aufbringen können, selbst wenn ihr Haus bereits abbezahlt ist. Ebenso wenig ältere Menschen, die ihr vor Jahrzehnten erworbenes Eigentum bewohnen. Selbst wenn ihnen ein Sanierungskredit bewilligt wird, ist zu bedenken, dass die Lebensdauer einer Wärmepumpe nur etwa 20 Jahre beträgt. Dauerverschuldung droht – oder aber der zwangsweise Verkauf des Hauses weit unter Wert. Staatliche Hilfen werden zwar versprochen, gehen aber letztlich auch zu Lasten des Steuerzahlers.

Doch nicht nur Sanierungskosten fallen an – für das Heizen mit einer Wärmepumpe muss man pro Jahr mit etwa 1.200 Euro Strommehrkosten rechnen. Dieser Strom soll, so will es die Bundesregierung, zu mindestens 65 Prozent aus den sogenannten »erneuerbaren« Energien stammen. Tatsächlich wird in Deutschland derzeit aber sehr viel Kohle verstromt, während man die CO₂-neutralen Kernkraftwerke gegen jede Vernunft abgeschaltet hat. Bereits jetzt stieß eine Wohnbaugesellschaft im Raum Bonn an die Grenzen der Machbarkeit bei der Um-

rüstung ihrer Wohnhäuser auf Wärmepumpen: Das Stromnetz war zu schwach, um die Anlagen in Betrieb zu nehmen. Es ist eine Gesetzgebung ohne Sinn und Verstand, für die weder die Finanzierung gesichert ist noch die entsprechende Infrastruktur bereitsteht. Der Bürger wird, egal ob als Mieter oder Hausbesitzer, letztlich die Kosten für dieses ideologische Experiment tragen müssen. Wem das nötige Geld dazu fehlt, ist von sozialem Abstieg bedroht und verliert seinen bescheidenen Wohlstand an die »Öko«-Lobby und ihre Unterstützer im Bundestag.



MUT

Impressum

V.i.S.d.P.: Björn Höcke
Bürgerinformation der
AfD-Fraktion im
Thüringer Landtag
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Auflage: 501.900 Stück

Facebook: @afd-thl
Website: www.afd-thl.de
YouTube: @afd-landtags-tv

AfD | FRAKTION THÜRINGEN

Die Ampel-Regierung hat seit Ende 2021 über 1.710 neue Beamtenstellen geschaffen. Die meisten davon im Wirtschaftsministerium.

Grüner Sondermüll

Seltene Erden: **2 Tonnen**

Kupfer: **4,7 Tonnen**

Aluminium: **3 Tonnen**

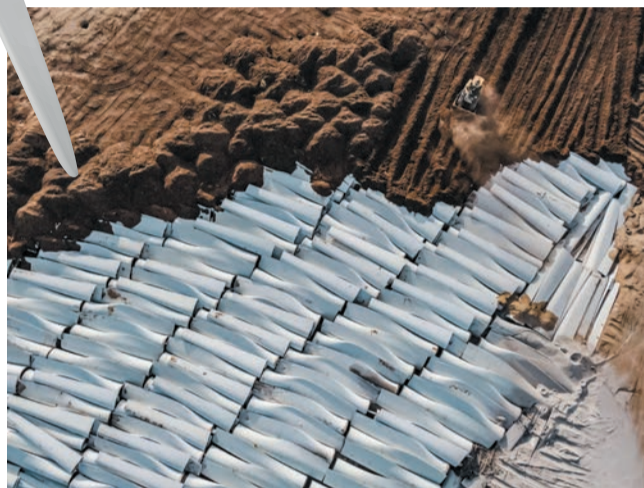
Weitere Materialien:

- Zink
- Molybdän

Stahl: **335 Tonnen**

Beton: **1.200 Tonnen**

Größenvergleich:



Bilder: Benjamin Rasmussen / Bloomberg Green

Nicht recycelbare Rotorblätter werden in Wyoming einfach vergraben. Darin enthalten sind Epoxidharze, die giftige Stoffe wie **Bisphenol A** enthalten.

Besonders »grün« und »sauber« soll sie sein: Die Energieerzeugung durch Windkraftanlagen. Doch mit der notwendigen Entsorgung dieser Anlagen und unter Umständen deren Austausch gegen größere Modelle platzt gerade auch diese ideologische Blase. Der Bau einer einzigen Turbine verschlingt mehrere Tonnen Neodym, das zunehmend in modernen Generatoren verbaut wird. Etwa zwei Tonnen dieses Materials stecken in einem Windrad, bei seiner Produktion europaweit Tausende Windkraftanlagen abgebaut werden – erst viel zu spät machten sich die Betreiber Gedanken über deren Entsorgung. Die Rotoren lassen sich wegen der darin verbauten Verbundstoffe nicht recyceln, entsprechende Recyclingsysteme existieren nicht – und genau dieses Problem steht in den nächsten Jahren für etwa 45.000 Rotorblätter an.

Um die etwa fünfzig Meter langen Rotorblätter möglichst

leicht zu halten, wird zur Stabilisierung auch Balsaholz verwendet. Dieses stammt vornehmlich aus Ecuador, der Abbau verdrängt die indigene Bevölkerung immer häufiger aus ihren angestammten Lebensräumen und bedroht den Regenwald. Mindestens ebenso problematisch ist die Gewinnung von Neodym, das zunehmend in modernen Generatoren verbaut wird. Etwa zwei Tonnen dieses Materials stecken in einem Windrad, bei seiner Produktion europaweit Tausende Windkraftanlagen abgebaut werden – erst viel zu spät machten sich die Betreiber Gedanken über deren Entsorgung. Die Rotoren lassen sich wegen der darin verbauten Verbundstoffe nicht recyceln, entsprechende Recyclingsysteme existieren nicht – und genau dieses Problem steht in den nächsten Jahren für etwa 45.000 Rotorblätter an.

Nadine Hoffmann

Setzen, sechs!

Mehr dazu finden Sie in unserer Kleinen Anfrage zum Thema:



Viele Eltern fragen sich besorgt, ob das Thüringer Schulwesen ihrem Nachwuchs noch eine ausreichende Vorbereitung auf eine Berufsausbildung oder das Studium bietet. Schon jetzt verlässt jeder zehnte Jugendliche die Schule ohne Abschluss und sieht somit einer ungewissen Zukunft auf dem Arbeitsmarkt entgegen. Lehrermangel und damit Unterrichtsausfall sind an der Tagesordnung. Der Nachwuchs für den Lehrerberuf bleibt aus. Die Gründe dafür sind vielfältig: Zum einen fehlen durch die demografische Entwicklung Lehramtsanwärter. Nebenschauplätze machen den Beruf unattraktiv: Neben dem regulären Unterricht sol-

len sich Pädagogen auch noch um Inklusion kümmern und zahlreiche Verwaltungsaufgaben bewältigen. Eine Gesetzesinitiative der rot-rot-grünen Landesregierung will dem Lehrermangel begegnen, indem in ländlichen Gebieten Grundschulen mit »zu kleinen Klassen« zusammengelegt werden, ungeachtet der längeren Schulwege. In den Städten sind die Klassen hingegen oft überfüllt, dort wächst zudem der Anteil von Schülern mit Migrationshintergrund. Schon die Sprachbarriere macht in diesem Fall einen guten Unterricht oft unmöglich. Zudem finden immer mehr Ideologien wie das »Gendern« oder unausgelegene Lehrmethoden wie »Schreiben

nach Gehör« Einzug in den Unterricht. Zunehmend muss dann später beim Bildungsstand von Auszubildenden und Studenten »nachgebessert« werden, damit sie den Anforderungen einer Lehre oder eines Studiums gewachsen sind. Daher ist es höchste Zeit, das Thüringer Schulwesen wieder zukunftssicher zu machen. Ein wichtiger Schritt dazu wäre die Schaffung einer eigenen Pädagogischen Hochschule, die den Stellenwert des Lehrerberufs im Freistaat stärkt. Lehrer brauchen Entlastung durch Verwaltungsassistenten, um sich ganz ihrer Kernaufgabe, dem Unterricht, widmen zu können - einem Unterricht, der nicht um ideologische Vorgaben des Main-

streams kreist, sondern eine solide Grundlage für den späteren Lebensweg bietet. Dafür sollte aber auch die Lernumgebung stimmen: Zuletzt gab es bei den Thüringer Schulen einen

Sanierungsstau von mindestens 1,5 Milliarden Euro, der im Interesse von Schülern und Lehrern dringend abgebaut werden muss. Bildung muss Priorität haben!

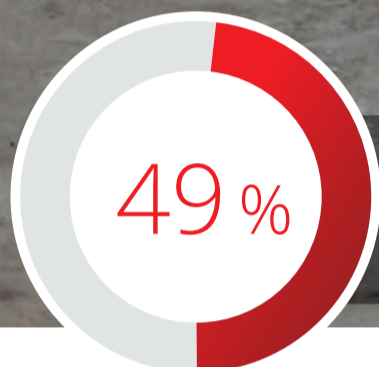
Schlechtes Zeugnis für deutsche Schulen:



glauben nicht, dass ihre Kinder in der Schule genügend auf das Leben vorbereitet werden. Heutige Schüler seien schlechter qualifiziert als noch vor 30 oder 40 Jahren, denken 57 Prozent der befragten Bürger. (Forsa-Umfrage im Auftrag des RND)



Wohnraumknappheit Wohnen wird zum Luxus



Anteil der Wohnkosten am verfügbaren Haushaltseinkommen bei der armutsgefährdeten Bevölkerung (Quelle: Statistisches Bundesamt)

Etwa 700.000 Wohnungen werden in diesem Jahr in Deutschland fehlen – vor allem in den Städten bilden sich bei Besichtigungsterminen Warteschlangen. Junge Familien mit Kindern haben besonders das Nachsehen. In Erfurt mehren sich Fälle, in denen Vermieter Familien mit mehr als einem Kind die Anmietung von Drei- oder Vier-Raumwohnungen verweigern. Diese Diskriminierung ist in der BRD leider erlaubt und angesichts der Nachfrage kein Problem. Wirtschaftswissenschaftler Steffen Sebastian, der auch die Bundes-

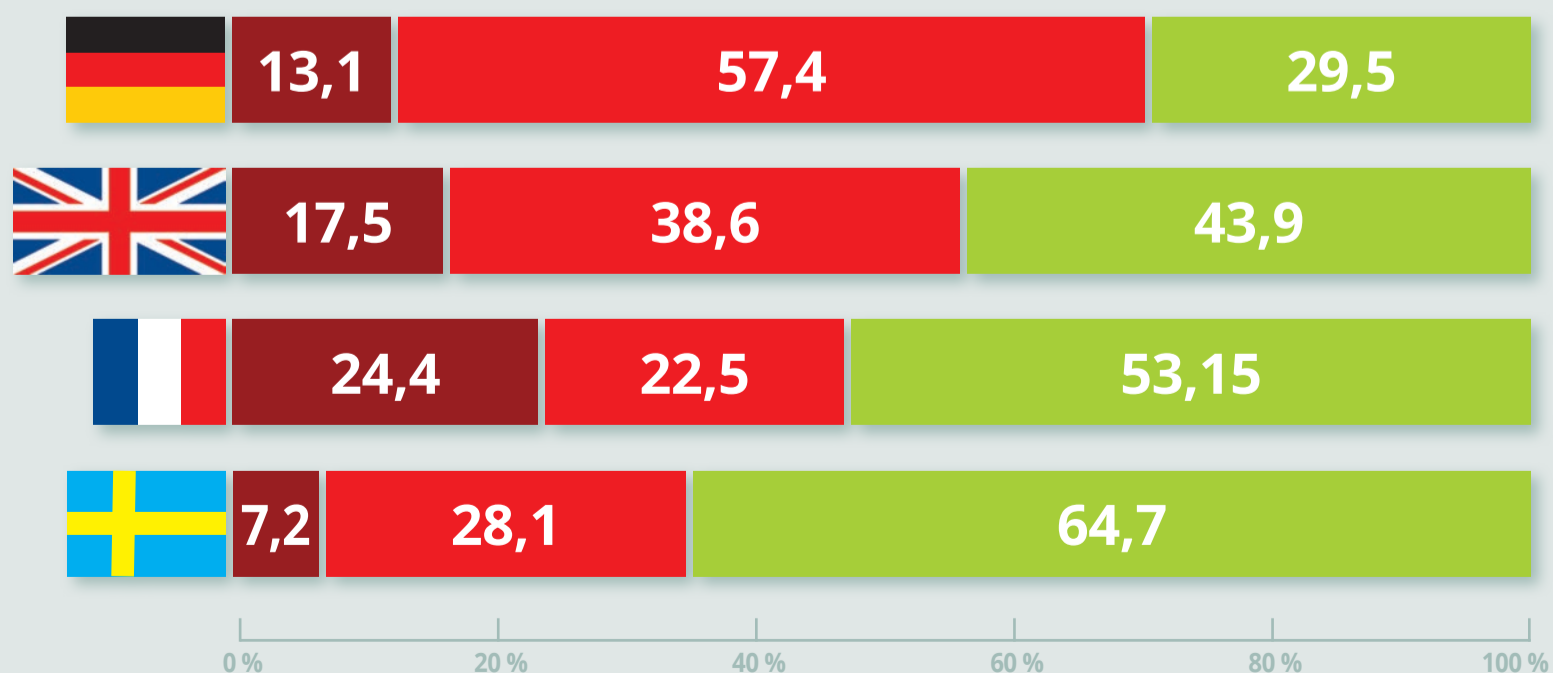
regierung berät, meint die Lösung des Wohnungsproblems gefunden zu haben: Ältere Menschen, die zu günstigen Mieten in »viel zu großen Wohnungen« leben, sollen durch drastische jährliche Erhöhungen des Quadratmeterpreises zum Umzug genötigt werden. Noch ist es nur ein amoralischer Vorschlag, aber Wirtschaftsminister Habeck's neues »Heizungsgesetz« zeigt auf, wie skrupellos diese Regierung mit den Bürgern umgeht. Müssen also ältere Menschen für die Unfähigkeit der Ampel büßen, bezahlbaren Wohnraum

zu schaffen? Dabei werden mehrere Fakten »übersehen«, welche entscheidend zum Wohnraumangel beitragen: Die »Klima-Bürokratie« und weitere Auflagen machen das Bauen extrem teuer. Gleichzeitig steigen die Bauzinsen, sodass die Finanzierung von Wohneigentum selbst für Gutverdiener derzeit unmöglich ist. Neue Baugrundstücke werden den Ballungszentren zugewiesen, was an der ablehnenden Haltung gegenüber lockerer Bebauung durch die in den Rathäusern bestimmenden Parteien liegt. Auch die Grundstücke werden daher immer

teurer. Gesetzliche Ausnahmen schafft die Politik nur für ganz bestimmte Bauten - z. B. für die Flüchtlingsunterbringung. Die soll nun sogar im Außenbereich möglich sein, der für Wohnbebauung ansonsten strikt tabu ist. Zudem verschärft die Politik seit Merksels Grenzöffnung die Wohnungskrise durch gezielte Förderung der Zuwanderung. Allein letztes Jahr kamen 1,5 Millionen Ausländer nach Deutschland, die untergebracht werden sollen. Nicht nur in Berlin wird dabei geflissentlich ignoriert, dass dies zu sozialen Spannungen führen

muss. Unbezahlbare Wohnungen, stetig steigende Nebenkosten in Folge von Energiewende und Russlandsanktionen und darüber hinaus fehlendes Engagement der Bundesregierung beim Schaffen neuen Wohnraums: Wohnen wird zum Luxus. Im Normalfall geht man davon aus, dass die Warmmiete höchstens 30 Prozent des Haushaltseinkommens ausmachen solle – gerade bei Geringverdienern sind es mittlerweile fast 50 Prozent. Deutschland ist auf dem Weg in die flächendeckende Verelendung.

Wohnkostenbelastung der Bürger



Quelle: Eurostat, EU-SILC. Stand: 2018

■ Schwere Belastung ■ Belastung ■ Keine Belastung



Impressum

V.i.S.d.P.: Björn Höcke
Bürgerinformation der
AfD-Fraktion im
Thüringer Landtag
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Auflage: 145.000 Stück

Facebook: @afd-thl
Website: www.afd-thl.de
YouTube: @afd-landtags-tv





Rentner raus, Zuwanderer rein?

Der Rauswurf von 140 Senioren aus dem Berliner Seniorenpflegeheim »Wohnen & Pflege Schillerpark« beherrschte tagelang die Schlagzeilen: Die geplante »Umnutzung« als Flüchtlingsunterkunft veranlasste den kirchlichen Träger, hochbetagte, teils pflegbedürftige ältere Menschen auf die Straße zu setzen. Etwa die Hälfte ist bereits ausgezogen, der Rest muss in diesem Jahr das Haus verlassen. Angeblich arbeitete das Pflegeheim nicht mehr rentabel, deshalb kam es zu einer vorzeitigen Kündigung des Mietvertrages. Nachdem es zu Bürgerprotesten und der Androhung von Kirchenaustritten kam, schieben sich

nun der Vermieter, die Johannis-Stift-Diakonie und der Betreiber, das Paul-Gerhard-Stift gegenseitig die Schuld in die Schuhe. Selbstverständlich sei es nicht um Profit gegangen. Der Fall steht symptomatisch dafür, wie die ungelösten Probleme der verantwortungslosen Migrationspolitik »nach unten« an die Bevölkerung weitergereicht werden. Auch der groß angekündigte »Flüchtlingsgipfel« des Kanzlers und der Ministerpräsidenten hat erwartungsgemäß keine Perspektiven für eine Verbesserung der Lage gebracht. Die Befürworter der bestehenden Migrationspolitik halten es weiterhin für »unmenschlich«, Asylanträge schon an den EU-Außengrenzen zu prüfen. Deutschland bleibt durch entsprechende politische Anreize das »gelobte Land« der Zuwanderung: Während 2022 nach Saldo ca. 90.000 Deutsche ins Ausland zogen, wanderten über 1,5 Millionen Ausländer

nach Deutschland ein - ein Großteil davon in unser Sozialsystem. Die Kommunen stehen vor der kaum zu bewältigenden Herausforderung, diese Zuwanderer unterzubringen. Turnhallen, Vereinsheime und sogar ehemalige Krankenhäuser wie in Schleusingen sollen mittlerweile für die Unterbringung genutzt werden. Der ohnehin bereits eklatante Mangel an Wohnraum verschärft sich so weiter. All das dürfte zu einem Anwachsen der sozialen Spannungen führen. Das gilt erst recht, wenn bestehende Mietverträge zugunsten einer lukrativeren Unterbringung von Migranten gekündigt werden sollen. Noch vor dem ökonomischen Kalkül ist die Migrationspolitik der Altparteien hierfür ausschlaggebend. Denn erst sie macht diese soziale Ungerechtigkeit möglich.

 **Verpassen Sie dazu nicht das Video:**



Auf einen Blick!

Was Sie als Mieter über Kündigungen zur Unterbringung von Asylanten wissen müssen:*

Privatvermieter:

Eigenbedarfskündigung

Nur zulässig bei Eigennutzung durch den Vermieter oder Angehörige seines Haushalts.

→ Für Asylanten daher unwirksam!

Verwertungskündigung

Der Vermieter gibt an, durch den Mietvertrag erhebliche wirtschaftliche Nachteile zu haben.

→ Unwirksam, wenn lediglich höhere Mieteinkünfte erzielt werden sollen.

Kommunale Vermieter:

Kündigung zur Erfüllung »öffentlich-rechtlicher Aufgaben«

Nach bisherigen Gerichtsentscheidungen stehen die Chancen für diese Art der Kündigung schlecht.

→ Sie können sich wehren!



Wichtig: Lassen Sie sich deshalb auf keine Kompromisse ein, sondern suchen Sie sich fachkundige Unterstützung!

* Von unserem Sorgentelefon erhalten Sie Unterstützung für Ihre nächsten Schritte. Bitte beachten Sie, dass wir aus rechtlichen Gründen keine juristische Beratung im Einzelfall geben dürfen.

Mieterschutz in Zeiten der Massenzuwanderung

Darf man einfach aus der Wohnung geworfen werden, wenn der Vermieter den Wohnraum zur Unterbringung von Migranten nutzen möchte? Jüngste Berichte zeigen, dass manche Institutionen nicht einmal davor zurückschrecken, Hochbetagten ihre Unterkunft zu kündigen. Der Grund dafür ist schnell beschrieben: So lässt sich nicht nur viel Geld verdienen. Man kann sein Handeln zudem noch mit

dem Mantel der Barmherzigkeit gegenüber »Flüchtlings« tarnen. Privatvermieter unternehmen deshalb den Versuch, Mietverträge unter dem Vorwand des »Eigenbedarfs« oder einer »Verwertungskündigung« zu beenden. Der »Eigenbedarf« setzt jedoch – wie der Begriff schon sagt – eine künftige Verwendung der Wohnung für den Vermieter selbst, seine Verwandten oder seine Haushaltsangehörigen vor-

aus. Das ist vor Gericht leicht abzuschmettern, denn Migranten fallen in der Regel nicht in diese Kategorie. Ähnlich sieht es mit der »Verwertungskündigung« aus, die von einem Vermieter ins Feld geführt werden kann, wenn er durch einen bestehenden Mietvertrag gravierende wirtschaftliche Nachteile erleidet. Allerdings sieht Paragraph 573 Abs. 2 BGB vor, dass allein die Möglichkeit, eine höhere Miete zu erzielen, keine Kündigung

rechtfertigt. Mieter können sich also erfolgreich dagegen wehren. Wie aber sieht es aus, wenn sich die Wohnung nicht in Privatbesitz befindet, sondern einer kommunalen Wohnungsgesellschaft gehört? In diesem Falle haben einige Gemeinden bereits versucht, mit der Erfüllung ihrer »öffentlich-rechtlichen Aufgaben« zu argumentieren. Bislang stehen die Chancen dafür aber schlecht. Betroffene Mieter sollten sich nicht ein-

schüchtern lassen. Auf keinen Fall sollte man sich auf einen faulen Kompromiss mit dem Vermieter einlassen, z.B. gegen eine längere Frist bis zum Auszug die Zustimmung zur Beendigung des Mietvertrags geben.

Die AfD-Fraktion hat unter der Telefonnummer 0361 – 37 72 449 ein Sorgentelefon geschaltet, bei dem sich Betroffene gern melden können.



Die Energiepreis- explosion

Bild: vchal / iStockphoto

Verpassen Sie dazu nicht das Video:



»Der große Blackout ist ausgeblieben!« triumphieren derzeit die Anhänger der sogenannten Energiewende und erklären die Angst vor großflächigen Stromausfällen zur populistischen Propaganda. Doch selbst die Bundesnetzagentur und das Bundesamt für Katastrophenschutz schließen Blackouts nicht aus und halten entsprechende Notfallpläne bereit. Darüber hinaus zahlen Privatkunden und Industrie wortwörtlich einen hohen Preis für die Umstellung auf die sogenannten »erneuerbaren Energien«. Schon die ersten Abschaltungen konventioneller Kraftwerke im Jahr 2022 ließen die Strompreise an der Börse explodieren – eine Entwicklung, die sich mit dem Abschied von den letzten verblie-

benen Kernkraftwerken weiter fortgesetzt hat.

Naturgemäß ist die Erzeugung von Wind- und Solarstrom wetterabhängig und starken Schwankungen unterworfen. Überproduktionen müssen exportiert werden, da bislang keine auch nur annähernd ausreichenden Speichermöglichkeiten bestehen. Daraus können beim Börsenhandel im ungünstigsten Fall »negative Strompreise« entstehen – deutsche Erzeuger müssen also den Abnehmer im europäischen Ausland sogar dafür bezahlen, dass er den überschüssigen Strom in sein Netz einspeist. Während der »Dunkelflauten« hingegen müssen sowohl Kohle- als auch Atomstrom aus dem europäischen Ausland teuer hinzugekauft werden. Das ist nicht nur umweltpolitisch Augenwischerei, sondern macht für die Anbieter langfristige Planung an der

Strombörse nahezu unmöglich. Diese ist aber unerlässlich für das Abschließen günstiger Verträge. Laut Berechnungen des Magazins »Finanztip« liegt der Durchschnittspreis für eine Kilowattstunde Strom derzeit bei etwa 48 Cent, 2019 waren es noch etwas über 30 Cent. Bei einem Privathaushalt mit einem Verbrauch von ca. 3.500 kWh macht das pro Jahr eine Steigerung von etwa 630 Euro aus, die in der ohnehin inflationsgebeutelten Haushaltskasse fehlen. Die Industrie zahlt zwar günstigere Tarife, aber in der Gesamtsumme verteuern die gestiegenen Strompreise die Produktion derart, dass viele Unternehmen bereits ins günstigere Ausland abgewandert sind oder dies in naher Zukunft planen. Neben der »Energiewende« und der schrittweisen Abschaltung konventioneller Kraftwerke spielen bei der Preisgestaltung aller-

dings auch noch andere Faktoren eine Rolle. So das an der Energiebörse übliche »Merit-Order«-Prinzip: Wenn ein Versorgungsunternehmen Strom einkaufen muss, stammt dieser aus einem Energiemix, etwa aus Windkraft, Kohle und Kernenergie. Bezahlt wird nicht der Durchschnittspreis, vielmehr erhalten alle Lieferanten die gleichen, am höchsten Angebot orientierten Tarife. Das ist so, als ob Sie für alle Artikel in Ihrem Einkaufswagen denselben Preis an der Kasse zahlen müssten – den teuersten allerdings. Bereits Anfang 2022 gaben zahlreiche »Billiganbieter« auf und kündigten kurzfristig ihre Privatkundenverträge. Die Betroffenen mussten in die teureren Grundtarife ihrer städtischen Energieversorger hinüberwechseln.

Ein Ende der Entwicklung ist nicht abzusehen, denn nach dem

Willen der Bundesregierung sollen weitere Bereiche des täglichen Lebens auf elektrischen Betrieb umgestellt werden – man denke nur an die Elektromobilität und den erzwungenen Einbau von Wärmepumpen. Neben steigenden Kosten wird das auch die Belastbarkeit unseres Stromnetzes auf eine harte Probe stellen. Immer häufiger fordert man die Bürger auf, sich eigene, kleine Photovoltaikanlagen für den Balkon zuzulegen. Hinzu kommt die Pflicht, jeden Haushalt mit Smartmetern auszustatten. Die Ampel weiß, dass sie ihr Versprechen von »sauberer Energie« nicht einhalten kann – dann wird dem Bürger notfalls einfach der Strom abgedreht. Die Rückkehr zu einem Energiemix mit konventionellen Kraftwerken ist unerlässlich – damit wir nicht eines Tages im Dunkeln stehen.

Nadine Hoffmann

Die Konkurrenz für Ramelow wird stärker

Gewinner



Björn Höcke

Bei der Frage nach dem Ministerpräsidenten liegt AfD-Fraktionschef Björn Höcke klar vor den Kandidaten der CDU und der SPD.



Georg Maier (SPD)



Mario Voigt (CDU)

Verlierer

Bilder: www.facebook.com/DrMarioVoigt und www.facebook.com/menschmaiermdl/



Folgen Sie uns auf Telegram!

t.me/afd_th1